



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 29. Dezember 2014
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 141012042389
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.

Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 17.05.2012 bis zum 16.05.2013

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013

Vorbemerkung

Am 14. Mai 2002 wurde durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG die Überschuldungsanzeige beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingereicht. Das Amtsgericht Frankfurt am Main eröffnete am 17. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung. Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Pannen, Frankfurt am Main, wurde zum Insolvenzverwalter bestellt.

Der Abschlussprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2012/2013 wurde mit Beschluss des Amtsgerichtes Frankfurt am Main vom 02. April 2013 bestellt. Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 16. Mai 2013 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 erfolgte am 09. April 2014, wobei wertaufhellende Ereignisse bis Ende März 2014 berücksichtigt wurden.

Geschäftsverlauf

Die Verwertung der vorhandenen Vermögensmassen ist im Geschäftsjahr 2012/2013 weiter fortgeschritten.

Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens kein Neugeschäft mehr generiert.

Die Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Bankbetrieb nur im Rahmen der Abwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Gläubigerausschuss ist im vollen Umfang in das Verfahren eingebunden und wird fortlaufend unterrichtet.

Der Insolvenzverwalter berichtet gegenüber dem aufsichtsführenden Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzgericht, in halbjährlichem Turnus. Bisher sind zum 12. August 2002, zum 12. Februar 2003, zum 12. August 2003, zum 12. Februar 2004, zum 12. August 2004, zum 12. Februar 2005, zum 12. August 2005, zum 12. Februar 2006, zum 12. August 2006, zum 12. Februar 2007, zum 6. August 2007, zum 12. Februar 2008, zum 12. August 2008, zum 12. Februar 2009, zum 11. August 2009, zum 12. Februar 2010, zum 12. August 2010, zum 12. Februar 2011, zum 12. August 2011, zum 12. Februar 2012, zum 12. August 2012, zum 12. Februar 2013, zum 12. August 2013 und zum 12. Februar 2014 entsprechende schriftliche Berichte erteilt worden.

Die Verfahrenskosten gemäß § 54 Nr. 1 und 2 InsO können noch nicht exakt bemessen werden. Auch die sonstigen Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 1 InsO sind zurzeit noch nicht ausreichend konkret zu beziffern.

Geschäftstätigkeiten

Alle Dienstleistungsverträge, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung des Bankbetriebes dienen, wurden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gekündigt. Dazu gehörten auch die mit diversen Anbietern abgeschlossenen IT-Verträge, die zur Abwicklung einzelner Geschäftstätigkeiten notwendig waren. Zur Erfassung der Buchhaltungsdaten ist seit dem 1. Juli 2003 ein Finanzbuchhaltungsprogramm der Fa. HS-Hamburger Software GmbH & Co. KG im Einsatz.

Hierüber wird auch die Skontrierung der noch vorhandenen Kundenkontenumsätze gebucht.

Die Abwicklung von Wertpapierdepots einzelner Kunden, deren Bestände überwiegend zur Sicherheit noch nicht zurückgezahlter Kredite dienen, wurde durch eine selbstentwickelte Access-Datenbank unterstützt.

Mitarbeiter

Zu Beginn des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 waren 211 Mitarbeiter bei der Bank beschäftigt. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurde ein Abwicklungsteam aus 71 Mitarbeitern rekrutiert, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seitdem kontinuierlich reduziert.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 waren durchschnittlich 3 Mitarbeiter beschäftigt, zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 betrug die Zahl der Beschäftigten 3.

Ein Sozialplan wurde im August/September 2002 zwischen dem Betriebsrat der Bank und dem Insolvenzverwalter geschlossen. Der Sozialplan sieht vor, dass insgesamt das zweieinhalbfache des Monatsverdienstes (§ 10 KSchG) eines Mitarbeiters, der unter den Geltungsbereich des Sozialplans fällt, ausgezahlt wird. Eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet. Der Sozialplan wurde in enger Kooperation mit dem Betriebsrat erarbeitet. Die gebildeten Rückstellungen wurden inzwischen für die Erfüllung der Leistungen des Sozialplanes verbraucht.

Insolvenzforderungen

Die Insolvenzquote beläuft sich bisher auf rd. 57 %. Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund von Unwägbarkeiten bei noch offenen Forderungen nicht vorgenommen werden.

Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs

In Absprache mit der Deutschen Bundesbank sind die Konten der Bank nach Insolvenzeröffnung unter der bisherigen BLZ weitergeführt worden. Am 5. Juni 2008 wurde ein Antrag auf Löschung der Bankleitzahl gestellt. Am 8. September 2008 wurde daraufhin die Löschung der Bankleitzahl durch die Deutsche Bundesbank vorgenommen.

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind mit der Deutschen Bank PGK AG Vereinbarungen über den Lastschrifteneinzug und die Guthabenverzinsung getroffen worden. In Absprache mit dem Gläubigerausschuss ist ein den spezifischen Anforderungen der Abwicklung genügendes Bankkontensystem entwickelt worden.



Wertpapierdepots

Um eine spätere Hinterlegung beim Amtsgericht zu ermöglichen wurden die wenigen zum 17. Mai 2012 noch vorhandenen Wertpapierdepots im Geschäftsjahr 2012/2013 abgewickelt.

Aus noch nicht ausgekehrten Erträgen und Erlösen aus dem Wertpapiergeschäft resultiert ein auszusonderndes Guthaben in Höhe von insgesamt EUR 32.301,68 zum 16. Mai 2013. Da die betroffenen 16 Inhaber nicht zu ermitteln sind, wird dieses Treuhandguthaben Gegenstand der Hinterlegung sein.

Verwertung der Kreditforderungen

Schwerpunkt der Abwicklung im Geschäftsjahr 2012/2013 war weiterhin die Verwertung von Kreditforderungen (Firmenkredite, Baufinanzierungen, Kontokorrentkredite u.a.).

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden die Kundenforderungen durch Rückzahlungen um T€ 66 und Aufrechnungen um T€ 13 vermindert. Alle verbliebenen Adressenausfallrisiken wurden einzelwertberichtigt.

Verwertung des Wertpapiereigenbestands

Die Verwertung des Wertpapiereigenbestandes der Schuldnerin wurde im Geschäftsjahr 2012/2013 abgeschlossen.

Unterstützung der Einlegerentschädigung

Der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken ist weiterhin im Rahmen der Einlegerentschädigung tätig.

Abwicklung der Inhaberschuldverschreibungen

Die Forderungen aus Inhaberschuldverschreibungen der Bank sind nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds nicht einlagengesichert. Für diese Gläubiger wurde auf der Grundlage des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen eine Versammlung der Inhaberschuldverschreibungsgläubiger durchgeführt, auf der am 29. Juli 2002 Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zum gemeinsamen Vertreter gewählt wurde. Die Inhaberschuldverschreibungsgläubiger nehmen als Insolvenzgläubiger über ihren gemeinsamen Vertreter am Verfahren teil.

Prozesse

Die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängigen Aktivprozesse sind weitgehend fortgeführt worden. Nach Insolvenzeröffnung wurden zudem zahlreiche neue Aktivprozesse eingeleitet. Dabei ging es überwiegend um Leistungsklagen auf Rückzahlung von Forderungen aus Darlehensverträgen. Sämtliche Aktivprozesse konnten bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012/2013 beendet werden.



Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung anhängige Passivprozesse wurden gemäß § 240 ZPO unterbrochen. Forderungen gegen die Gontard & MetallBank AG i. I., die sich aus dem Zeitraum vor Insolvenzeröffnung ergaben, wurden als Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) zur Insolvenztabelle angemeldet. Soweit einzelne Forderungen nach Prüfung im Einzelfall bestritten wurden, hatten einige der Gläubiger Klagen auf Feststellung ihrer Forderungen zur Insolvenztabelle erhoben. Von den daraus resultierenden Rechtsstreitigkeiten sind keine mehr anhängig.

Die im März 2008 gegen einen Bescheid des Finanzamtes Frankfurt wegen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag vor dem Hessischen Finanzgericht erhobene Klage, die einen Steuerbescheid aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999 und 2000 zur Körperschaftsteuer des Jahres 1999 betraf, wurde mit Urteil vom 12. November 2012 abgewiesen.

Zinsen auf Insolvenzforderungen

Die Forderungen der Insolvenzgläubiger werden, sofern sie als Insolvenzforderung anerkannt sind, ab Insolvenzeröffnung gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO verzinst. Die Zinsen sind im Sinne des § 39 InsO nachrangige Forderungen. Nach Lage des vorhandenen Vermögens kann mit einer Bedienung der nachrangigen Forderungen nicht gerechnet werden.

Bei den Insolvenzforderungen des Einlagensicherungsfonds sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH wurden bis zum 31. August 2002 (Datum der Entschädigung der Einleger) die ursprünglichen vertraglichen Zinssätze der Einlagen bei der Zinsermittlung angesetzt.

Ab dem 1. September 2002 werden die Zinsen mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB errechnet.

Die zu entschädigenden Forderungen aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen werden mit dem vertraglichen Zinssatz bis Laufzeitende der den Forderungen zugrundeliegenden Serie der Inhaberschuldverschreibung und danach mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Alle weiteren Insolvenzforderungen werden mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Ertragslage

Die Bank weist im Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 ein negatives Zinsergebnis von € 22,1 Mio aus. Dabei stehen Zinserträgen von € 1,1 Mio Zinsaufwendungen von € 23,2 Mio gegenüber, die fast ausschließlich nachrangige Zinsen i.S.d. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO betreffen.

Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Personalaufwand nahezu unverändert € 0,3 Mio. Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 4,2 Mio € auf 1,6 Mio € vermindert. Der Posten enthält im Wesentlichen Kosten für die Abwicklung der Bank. Im Geschäftsjahr 2012/2013 stehen sonstige betrieblichen Erträge in Höhe von € 0,9 Mio sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von € 0,7 Mio gegenüber.

Das Bewertungsergebnis von € 0,7 Mio ist fast ausschließlich durch Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft begründet.

Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses verbleibt ein Jahresfehlbetrag von € 24,5 Mio.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um € 23,0 Mio auf € 655,9 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die Passivierung nachrangiger Zinsen bei gleichzeitiger Erhöhung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags zurückzuführen. Die Forderungen an Kunden, welche nicht durch Rückzahlungen in



Höhe von € 0,1 Mio reduziert wurden, waren Gegenstand weiterer Wertberichtigungen. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich von € 148,4 Mio auf € 147,0 Mio verringert. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen (€ 0,3 Mio) werden hauptsächlich Forderungen aus der Rückerstattung von Kapitalertragsteuern ausgewiesen. Die Einzelwertberichtigungen für Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind in angemessener Höhe gebildet, sie sind von den Kundenforderungen abgesetzt.

Überwiegend aufgrund der Kapitalisierung von nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO haben sich im Stichtagsvergleich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 0,7 Mio auf € 19,2 Mio, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, welche fast ausschließlich gegenüber den Einlagensicherungseinrichtungen bestehen, um € 19,5 Mio auf € 590,3 Mio, die verbrieften Verbindlichkeiten um € 0,2 Mio auf € 7,7 Mio und die sonstigen Verbindlichkeiten um € 3,0 Mio auf € 38,1 Mio erhöht. Die Rückstellungen haben sich aufgrund von Auflösungen und Verbrauch um € 0,5 Mio auf € 0,5 Mio vermindert. Die Rückstellungen entfallen fast ausschließlich auf andere Rückstellungen. Die anderen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Rückstellungen wegen Archivierungs- und Jahresabschlussprüfungskosten sowie für festgesetzte aber noch nicht angeforderte Abschlagszahlungen.

Eigenkapital, Bilanzverlust und nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2012/2013 von € 24,5 Mio hat sich der Bilanzverlust auf € 631,1 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 erhöht. Der Bilanzverlust von € 631,1 Mio übersteigt das vorhandene Eigenkapital (Grundkapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) von € 122,8 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 um € 508,3 Mio. Dieser Betrag wird auf der Aktivseite im Posten "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" ausgewiesen. Hinsichtlich der Eigenkapitalzusammensetzung und der Aktienstückelung verweise ich auf den Anhang.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag wurden an Gläubiger der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Forderungen Abschlagszahlungen in Höhe von insgesamt € 1,4 Mio auf angemeldete bzw. anerkannte Insolvenzforderungen geleistet. Die Abschlagszahlungen erfolgten am 21. Mai 2013 in Höhe der Insolvenzquote von 57% der angemeldeten und anerkannten Insolvenzforderungen.

Da ich in Kürze den Schlussbericht erstellen werde, habe ich am 29. Januar 2014 das Delisting-Verfahren eingeleitet. Die Aktien der Schuldnerin werden derzeit noch an vier Regionalbörsen notiert. Ich habe deshalb bei den Börsen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart den sofortigen Widerruf der Börsenzulassung der Insolvenzschuldnerin nach §§ 39 Abs. 1 u. 2 S. 1, 43 BörsG beantragt. Darüber hinaus habe in einer Ad-hoc Mitteilung gemäß § 15 WpHG die Absicht veröffentlicht, den Antrag auf Widerruf der Börsenzulassung der Gontard & MetallBank AG i. I. zu stellen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Aufstellung des Jahresabschlusses zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 sind nicht aufgetreten.

Risikobericht und Ausblick

Im Hinblick auf das Ziel der Abwicklung der Gesellschaft und die damit einhergehenden stark rückläufigen Geschäftsaktivitäten wurde von der Einrichtung eines Risikomanagementsystems i.S.v. § 25a Abs. 1 KWG, wie es für werbende Kreditinstitute notwendig ist, abgesehen. Die im Rahmen der Abwicklung anfallenden Geschäftsprozesse werden allerdings in angemessenem Umfang gesteuert, überwacht und kontrolliert.

Für die weiteren Geschäftsjahre im Insolvenzzeitraum ist ebenfalls mit Jahresfehlbeträgen zu rechnen, insbesondere auch wegen der Passivierung künftig entstehender nachrangiger Zinsen für die Insolvenzforderungen i.S.v. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Infolgedessen werden sich auch der Bilanzverlust und der auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisende nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag erhöhen.

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses ist die avisierte Quote für die Insolvenzgläubiger von über 50 % erreicht worden. Die bisherigen Abschlagszahlungen belaufen sich auf insgesamt 57 %.

Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten derzeit nicht vorgenommen werden.

Die Verfahrensdauer ist bei einem Insolvenzverfahren dieser Größenordnung nach jetzigem Stand noch weiterhin nicht genau voraussehbar. Aufgrund der sehr komplexen Abwicklung wird der Abwicklungszeitraum auf bis zu einem Jahr geschätzt.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

Prof. Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Jahresbilanz zum 16. Mai 2013

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Aktivseite

	16. Mai 2013	16. Mai 2012
	€	T€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	7.240,12	2



	16. Mai 2013	16. Mai 2012
	€	T€
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	147.026.801,51	138.427
b) andere Forderungen	0,00	10.018
	147.026.801,51	148.445
3. Forderungen an Kunden	10.583,25	310
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert 0,00 €		0
Kommunalkredite 0,00 €		0
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0
5. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
darunter:		
an Kreditinstituten 0,00 €		0
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €		0
6. Sachanlagen	0,00	0
7. Sonstige Vermögensgegenstände	292.541,87	348
8. Rechnungsabgrenzungsposten	244.840,06	12
9. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	508.284.960,57	483.765
Summe der Aktiva	655.866.967,38	632.882



		16. Mai 2013	16. Mai 2012
	€	€	T€
Passivseite			
	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		19.165.100,35	18.499
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00	0
		19.165.100,35	18.499
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	304.232,58		305
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	12.620,44		12
		316.853,02	317
b) anderen Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	590.024.178,40		570.498
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00		0
		590.024.178,40	570.498
		590.341.031,42	570.816
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			



		16. Mai 2013	16. Mai 2012
	€	€	T€
a) begebene Schuldverschreibungen		7.730.820,75	7.503
4. Sonstige Verbindlichkeiten		38.096.743,58	35.041
5. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.012,00		7
b) andere Rückstellungen	526.259,28		1.016
		533.271,28	1.023
7. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	49.300.000,00		49.300
b) Kapitalrücklage	67.457.305,66		67.457
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	38.449,15		39
cb) andere Gewinnrücklagen	6.037.197,86		6.037
		6.075.647,01	6.076
d) Bilanzverlust	-122.832.952,67		-122.833
		0,00	0
Summe der Passiva		655.866.967,38	632.882
1. Eventualverbindlichkeiten			



	16. Mai 2013	16. Mai 2012
€	€	T€
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	0,00	8

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

*Prof. Dr. Klaus Pannen**Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.*

Gewinn- und Verlust-Rechnung der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Aufwendungen

	17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012
€	€	T €
1. Zinsaufwendungen	23.226.199,78	19.503
davon:		
gem. § 277 Abs. 5 HGB Aufzinsung von Rückstellungen 7.076,08 € i. VJ. T€ 20		
2. Provisionsaufwendungen	4.542,46	4
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa)Löhne und Gehälter	241.197,19	261



	€	17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 €	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 T €
ab)soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	37.015,19		36
davon:			
für Altersversorgung 3.305,35 € i. VJ. T€ 4		278.212,38	297
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.565.787,84	4.218
		1.844.000,22	4.515
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle An- lagewerte und Sachanlagen		32,00	0
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		663.143,82	0
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		742.745,63	541
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter 'Sonstige betriebliche Auf- wendungen' ausgewiesen		837,90	1
Summe der Aufwendungen		26.481.501,81	24.564
1. Jahresfehlbetrag		24.520.187,25	23.106
2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		606.597.725,99	583.491
3. Bilanzverlust		631.117.913,24	606.598
Erträge			
		17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 €	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 T €
1. Zinserträge aus			



	€	€	17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012
			€	T €
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.094.519,31		1.447
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0,00		0
			1.094.519,31	1.447
2. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00	0
3. Provisionserträge			4.394,01	1
4. Sonstige betriebliche Erträge			862.400,36	10
5. Ausserordentliche Erträge			0,88	0
6. Jahresfehlbetrag			24.520.187,25	23.106
Summe der Erträge			26.481.501,81	24.564

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

*Prof. Dr. Klaus Pannen**Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.***Kapitalflussrechnung****der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main**

	17.05.2012- 16.05.2013	17.05.2011- 16.05.2012
	T €	T €
Jahresfehlbetrag	-24.520	-23.106
Abnahme (-) der Rückstellungen	-490	-641
Abnahme der Forderungen an Kunden	300	143



	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Sachanlagen	0	0
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände	55	4
Zunahme (-) der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (Vorjahr Abnahme)	-233	11
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	666	754
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.526	17.339
Zunahme der verbrieften Verbindlichkeiten	228	238
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr Abnahme (-))	3.055	-2.758
Passive Rechnungsabgrenzungsposten (Vorjahr Abnahme (-))	0	-1
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.413	-8.017
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	148.447	156.464
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	147.034	148.447

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

Prof. Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Eigenkapitalspiegel

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012



	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/-verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 17.05.2011	49.300	67.457	6.076	-583.491	-460.658
Kapitalerhöhungen/Veräußerung eigener Anteile	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen/Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0
Geleistete Ausschüttungen	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0
Jahresergebnis 16.05.2012	0	0	0	-23.107	-23.107
Stand 16.05.2012	49.300	67.457	6.076	-606.598	-483.765

Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013

	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/-verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 17.05.2012	49.300	67.457	6.076	-606.598	-483.765
Kapitalerhöhungen/Veräußerung eigener Anteile	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen/Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0
Geleistete Ausschüttungen	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0
Jahresergebnis 16.05.2013	0	0	0	-24.520	-24.520



	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/-verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 16.05.2013	49.300	67.457	6.076	-631.118	-508.285

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

Prof. Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Anhang zum Jahresabschluss 16. Mai 2013

Allgemein

Der Jahresabschluss der Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft in Insolvenz, Frankfurt am Main, zum 16. Mai 2013 - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis zum 16. Mai 2013, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten. Soweit für Pflichtangaben ein Wahlrecht besteht, diese in Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese im Anhang aufgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO

Am 17. Mai 2002 wurde nach Überschuldungsanzeige durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG vom 14. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 durch das Amtsgericht Frankfurt am Main über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung eröffnet. Die Gläubigerversammlung hat die Betriebsfortführung mit dem Ziel der Abwicklung der Bank beschlossen. Die Betriebsfortführung dient hierbei der Sicherung der Vermögenswerte. Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde kein Neugeschäft mehr generiert.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 hat ein neues Geschäftsjahr begonnen. Das erste Geschäftsjahr nach Insolvenzeröffnung umfasst den Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis zum 16. Mai 2003. Die folgenden Geschäftsjahre umfassen jeweils 12 Monate.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Gesellschaft wurden sämtliche Vermögensgegenstände, einschließlich der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Veräußerung innerhalb eines absehbaren Zeitraums beabsichtigt war oder die nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen (§ 270 Abs. 2 Satz 3 AktG), wie Umlaufvermögen bewertet und mit ihren voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Veräußerungswerten angesetzt. Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).



Wertaufhellende Ereignisse wurden bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bis Ende März 2014 berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 stimmen mit denen der Schlussbilanz zum 16. Mai 2012 überein.

Die Barreserve ist zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nennbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 aktiviert. Soweit die Forderungen mit akuten Ausfallrisiken behaftet sind oder soweit bei ihrer Verwertung mit Verlusten zu rechnen ist, sind sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die für die akuten Ausfallrisiken oder für die Verwertungsverluste gebildeten Einzelwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt. Latente Risiken waren nicht mehr zu berücksichtigen, daher wurde die bestehende Pauschalwertberichtigung aufgelöst.

Alle noch zum Beginn des Geschäftsjahres vorhanden Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden veräußert.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Abschlussstichtag 16. Mai 2013 mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit den bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten.

Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 noch nicht veräußerten und im Insolvenzzeitraum nicht mehr genutzten Gegenstände des Sachanlagevermögens sind unter Beachtung von § 270 Abs. 2 Satz 2 AktG mit den von einem öffentlich bestellten und vereidigten Versteigerer ermittelten Liquidationswerten bilanziert. Die im Insolvenzzeitraum weiter genutzten Vermögensgegenstände sind mit den um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden mit Ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO passiviert.

Die begebenen Schuldverschreibungen sind mit ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 erfolgte mittels versicherungsmathematischer Gutachten unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 4,98 % nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage der Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck 2005 G und unter Berücksichtigung einer laufenden Rentenanpassung von 1,5% und einer Fluktuationsrate von 2%. Aufgrund der vorgesehenen Liquidation der Gesellschaft erfolgt keine Berücksichtigung von erwarteten Gehaltssteigerungen.

Andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit ihrem Barwert. Die verwendeten Abzinsungzinssätze entsprechen den für Mai 2013 veröffentlichten Zinssätzen der Deutsche Bundesbank für die jeweiligen Restlaufzeiten der Rückstellungen. Die für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildeten anderen Rückstellungen decken die zu erwartenden Verpflichtungen.

Die Kosten der Jahresabschlussprüfung sowie festgesetzte Abschläge auf die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder wurden zurückgestellt. Die Rückstellungen für Archivierungskosten beinhalten die laufenden Archivierungskosten sowie die Zuführung zur Rückstellung für die Kosten der Archivierung gemäß § 273 Abs. 2 S.1 AktG. Die neu beginnende einheitliche Aufbe-

wahrungsdauer für sämtliche Unterlagen beträgt 10 Jahre, auch wenn die teilweise kürzeren Fristen nach § 257 HGB noch nicht abgelaufen sind. Die Rückstellungen für Archivierungskosten mit einer Restlaufzeit von mehr als 12 Monaten werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB entsprechend den jeweiligen Restlaufzeiten abgezinst.

Die Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit dem Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002 umgerechnet. Die Anerkennung als Insolvenzforderung erfolgte nach der Insolvenzordnung zum Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002. Zum Bilanzstichtag bestanden keine neuen Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Devisentermin- und Swapgeschäfte und andere Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten bestanden am Bilanzstichtag 16. Mai 2013 nicht.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird von den Verrechnungsmöglichkeiten nach § 340 c Abs. 2 HGB und § 340 f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Gliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Forderungen an Kreditinstitute		
täglich fällig	147.027	138.427
bis 3 Monate	0	10.018
	147.027	148.445
Forderung an Kunden		
täglich fällig	11	283
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0	23
mehr als 5 Jahre	0	0
	11	310

Alle begebenen Schuldverschreibungen sowie alle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit Ausnahme der Spareinlagen sind täglich fällig.

Weitere Angaben zu ausgewählten Bilanzposten

Anlagespiegel

Die Entwicklung der Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapiere, der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie der Sachanlagen ist für das Geschäftsjahr nachstehend aufgeführt.

	Anschaffungs- kosten T €	Zugang T €	Zuschrei- bungen T €	Abgang T €	kumul. Ab- schreibungen T €	Abschreibung lfd. Jahr T €	Buchwert 16.05.12 T €	Buchwert 16.05.13 T €
Aktien und an- dere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0	0
Anteile an ver- bundenen Unter- nehmen	1.000	0	0	0	1.000	0	0	0
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäfts- ausstattung)	100	3	0	87	16	0	0	0

Sonstige Vermögensgegenstände

	16.05.2013 T €	16.05.2012 T €
Steuererstattungsansprüche	292	338
Auf Treuhandkonto gezahlte Abschlagszahlungen	0	10
Sonstige	0	0
	292	348

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2013 T €	16.05.2012 T €
Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind	245	12

Anteile an verbundenen Unternehmen



(Angabe nach § 285 Nr. 11 HGB)	Gesellschaftskapital T €	anteiliges Gesell- schaftskapital T €	Beteiligungsquote %	Beteiligungsergebnis T €
GMB Research & Consulting GmbH i. I. , Frankfurt am Main	1.000	1.000	100	0

Durch Beschluss des Amtsgerichtes Offenbach wurde das Insolvenzverfahren der GMB Research & Consulting GmbH nach Schlussverteilung am 29. Juni 2010 aufgehoben.

Es bestehen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 1.192 (einschließlich nachrangiger Zinsen).

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	16.05.2013 T €	16.05.2012 T €
Anerkannte Insolvenzforderungen	8.642	8.642
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	10.510	9.816
Verbindlichkeiten aus dem laufenden Betriebsablauf	0	0
Übrige	13	42
	19.165	18.500

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	16.05.2013 T €	16.05.2012 T €
Anerkannte Insolvenzforderungen	333.537	329.432
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	255.468	235.922
Verbindlichkeiten aus dem laufenden Betriebsablauf	32	14
Übrige	1.304	5.447
	590.341	570.815

Verbriefte Verbindlichkeiten



	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Anerkannte Insolvenzforderungen	4.542	4.542
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	3.188	2.959
Verbindlichkeiten aus dem laufenden Betriebsablauf	0	0
Übrige	1	1
	7.731	7.502

Sonstige Verbindlichkeiten

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Anerkannte Insolvenzforderungen	15.538	13.773
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	22.270	19.541
Verbindlichkeiten aus dem laufenden Betriebsablauf	22	25
Übrige	267	1.702
	38.097	35.041

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Beträge, die nach dem Bilanzstichtag Ertrag werden	0	0

Rückstellungen

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
für Pensionszusagen	7	7
Andere Rückstellungen		



	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
für Personalaufwendungen	33	40
für Jahresabschlusskosten	214	218
für Kosten aus Lieferung und Leistung	273	179
für Prozesskosten	6	68
für bestrittene Tabellenforderungen	0	511
für Eventualforderungen	0	0
	533	1.023

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital von nominal T€ 583 diene zur Verstärkung des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 Abs. 5 KWG. Aufgrund der in vorangehenden Geschäftsjahren ausgewiesenen Bilanzverluste verminderte sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers auf null. Ausschüttungen auf das Genussrechtskapital erfolgte wegen des Bilanzverlustes nicht. Sofern in künftigen Geschäftsjahren Gewinne erzielt werden, sind die Rückzahlungsansprüche bis zum (ursprünglichen) Nennbetrag aus diesen zu erhöhen und die rückständigen Ausschüttungsansprüche der Genussscheininhaber zu bedienen, bevor eine Gewinnverwendung vorgenommen wird. Rückzahlungsansprüche der Genussrechtsinhaber sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubigern nachrangig.

Das im Umlauf befindliche Genussrechtskapital hat eine Laufzeit vom 30.09.1999 bis zum 30.09.2011 und ist mit einem Zinssatz von 6 % ausgestattet.

Der Rückzahlungsanspruch ist aufgrund des Bilanzverlustes im Geschäftsjahr 0,00 €.

Aktionäre

Der Bank liegen keine Informationen zum Aktionärskreis vor.

Entwicklung des Eigenkapitals

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Gezeichnetes Kapital (49.299.999 Stückaktien)	49.300	49.300
Kapitalrücklage	67.457	67.457
Gewinnrücklagen		
gesetzliche Rücklage	39	39



	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Rücklage für eigene Anteile	0	0
andere Gewinnrücklagen	6.037	6.037
Bilanzverlust - soweit durch Eigenkapital gedeckt -	-122.833	-122.833
	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-508.285	-483.765

Zum 16. Mai 2013 sind der Bank als Sicherheit keine Aktien der Gontard & MetallBank AG i. I. verpfändet.

Eventualverbindlichkeiten

	16.05.2013	16.05.2012
	T €	T €
Bürgschaften	0	8

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 bestanden keine unwiderrufliche Kreditzusagen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von T€ 29 (Vorjahr T€ 16) aus Mietverträgen und Kfz-Leasingverpflichtungen.

Fremdwährungsaktiva- und passiva

Es bestehen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 keine Fremdwährungspositionen.

Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 sind bei der Bank 3 Mitarbeiter beschäftigt. Dabei handelt es sich um zwei weibliche und einen männlichen Angestellten. Auszubildende sind zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 bei der Bank nicht beschäftigt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

**Zinsüberschuss**

	17.05.2012- 16.05.2013	17.05.2011- 16.05.2012
	T €	T €
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	1.094	1.447
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	0	0
Anteilen von verbundenen Unternehmen	0	0
Zw. Summe Zinserträge	1.094	1.447
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	21	0
verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige	8	22
Nachrangige Zinsen	23.197	19.482
Zw. Summe Zinsaufwendungen	23.226	19.504
Gesamt	-22.132	-18.057

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	17.05.2012- 16.05.2013	17.05.2011- 16.05.2012
	T €	T €
Zuführungen zu den Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve	733	544
Auflösungen von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	15	0
Forderungsabschreibungen	38	0
Auflösung von Rückstellungen	0	1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	13	2



	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Saldo	743	541

Provisionsüberschuss

	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Wertpapiergeschäft	1	0
Depot- und Verwahrungsgeschäft	-4	-4
Sonstiges Provisionsgeschäft	3	0
Gesamt	0	-4

Verwaltungsaufwand

	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	241	261
Soziale Abgaben	34	32
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3	4
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.566	4.217
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0
Gesamt	1.844	4.514

Sonstige betriebliche Erträge/Sonstige betriebliche Aufwendungen



	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	168	1
Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	21	0
Gewinne/Verluste aus Anlageverkäufen	1	0
Erträge aus Vergleichsvereinbarungen und übrige	672	10
Aufwendungen aus Schadenersatzmeldungen und übrige	663	0
Saldo	199	11

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Betriebsergebnis

	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Zinserträge	1.094	1.447
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nichtfestverzinslichen Wertpapieren	0	0
Zinsaufwendungen	23.226	19.504
Zinsüberschuss	-22.132	-18.057
Risikovorsorge Kreditgeschäft	742	541
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-22.874	-18.598
Provisionserträge	4	1
Provisionsaufwendungen	4	5
Provisionsüberschuss	0	-4
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen (Saldo)	199	11
Verwaltungsaufwand	1.844	4.514
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	-24.519	-23.105
Außerordentlicher Erträge und Aufwendungen (Saldo)	0	0



	17.05.2012- 16.05.2013 T €	17.05.2011- 16.05.2012 T €
Sonstige Steuern	1	1
Ergebnis vor Steuern	-24.520	-23.106
Ertragssteuern	0	0
Jahresfehlbetrag	-24.520	-23.106

Organe der Gesellschaft

Ein Aufsichtsrat bestand, hatte aber keine Mitglieder mehr.

Am 23. September 2010 wurde Herr Jens Fasking (Mitarbeiter der Bank) mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main zum Notvorstand der Gesellschaft bestellt.

Aufsichtsratsvergütungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahres nicht gezahlt.

Für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen sind keine Pensionsrückstellungen gebildet worden. Auch bestanden gegenüber dem Vorstand zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 keine Kreditfinanzierungen und Bürgschaften.

Pensionsgeschäfte/Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 bestanden keine Pensionsgeschäfte.

Termingeschäfte und derivate Geschäfte

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2013 bestanden keine Termingeschäfte und keine Derivatgeschäfte.

Abschlussprüferhonorar (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das im Geschäftsjahr im Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer setzt sich ausschließlich aus Honoraren für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von T€ 208 (Vorjahr T€ 0) und Steuerberatungsleistungen in Höhe von T€ 4 (Vorjahr T€ 30) zusammen. Von dem im Aufwand erfassten Honorar für Abschlussprüfungsleistungen betreffen T€ 144 frühere Jahre.

Verbandszugehörigkeit

Die Bank war bis zum 16.05.2002 Mitglied des Bankenverbandes Hessen e.V. und gehörte dem Einlagensicherungsfond innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. an.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 09. April 2014

Prof. Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2012 bis 16. Mai 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt: Entgegen § 285 Nr. 9 Buchstabe a) Satz 5 HGB wurden im Anhang die Bezüge des einzigen Notvorstandsmitglieds nicht angegeben.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit der genannten Einschränkung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage



der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters in den Abschnitten "Vorbemerkung" und "Geschäftsverlauf" des Lageberichtes und im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO" im Anhang hin, dass sich die Gesellschaft mit Wirkung zum 17. Mai 2002 in Insolvenz befindet und der Jahresabschluss unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt wurde.

Frankfurt am Main, den 6. Juni 2014

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christoph Theobald, Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer